

WELTHANDELSRUNDE

Zweifelhafte Solidarität des Südens

Die WTO hat sich nun auf ein Ende der Exportbeihilfen geeinigt. Dieser "Erfolg" kam vor allem deshalb zustande, weil die Südländer zusammenhielten. Doch wirtschaftlich ziehen auch sie längst nicht alle an einem Strang.

Ist die EU bereit, ihre Subventionen für Agrargüter einzustellen? Welche "sensiblen Produkte" werden die Europäer im Gegenzug mit hohen Zöllen belegen? Wird Washington die Beihilfen für ihre Baumwollproduzenten abbauen? Sechs Tage lang diskutierten die Vertreter der 149 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) in der vergangenen Woche im chinesischen Hongkong über eine handelspolitische Öffnung für Dienstleistungen, Industrieprodukte und landwirtschaftliche Güter. Doch wie schon beim Treffen vor zwei Jahren in Cancún drehte sich auch auf dieser 6. WTO-Konferenz alles um die Frage, ob die Industrienationen bereit sind die eigenen Agrarsubventionen abzubauen.

Nur unter dieser Bedingung, das stand seit dem gescheiterten Treffen in dem mexikanischen Karibik-Badeort fest, würden Schwellenländer wie Brasilien, Südafrika oder Indien ihre Pforten für Waren und Dienstleistungen aus dem Norden weiter öffnen. Schließlich können die Produkte dieser Staaten auf dem Weltmarkt nicht gegen die subventionierten Lebensmittel aus den USA oder Europa konkurrieren. Für die kleinen Ökonomien armer Entwicklungsländer wirken sich die hochkarätig unterstützten Güter sogar oft ruinös aus. Etwa in den baumwollproduzierenden afrikani-



Fotos: eed

schen Staaten Benin, Mali, Kamerun oder Senegal: Gegen die mit jährlich fünf Milliarden Dollar bezuschussten US-Produkte haben ihre Waren keine Chance. Oder in Jamaika, wo subventioniertes EU-Milchpulver bereits den Absatzmarkt und damit die Existenz der Milchbauern zerstört hat.

2013 ist Stichjahr

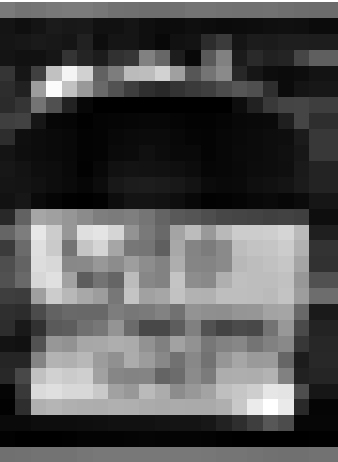
Damit soll nun doch endgültig Schluss sein. Zumindest langfristig. Bis zum Jahr 2013 sollen sämtliche Exporthilfen auslaufen, heißt es in der WTO-Ministererklärung vom Sonntag. Einen "akzeptablen Kompromiss" nennt EU-Handelskommissar Peter Mandelson das Ergebnis in Hongkong. Tatsächlich hat die WTO mit dieser Einigung im letzten Moment eine Legitimationskrise vermieden. Denn nun besteht wieder die Chan-

ce, wie geplant bis Ende des nächsten Jahres die vielzitierten Ziele der Entwicklungskonferenz von Doha zu erreichen. In der Hauptstadt von Katar waren die WTO-Mitgliedstaaten 2001 unter dem Eindruck der Terroraktionen des 11. Septembers zusammengerückt und hatten sich trotz des vorhergehenden Scheiterns in Seattle auf eine neue Handelsrunde geeinigt. Doch dann folgte die WTO-Konferenz von Cancún. Dort platzten sämtliche Hoffnungen auf ein Weiterkommen an der Weigerung der USA und Europas, ihre Agrarsubventionen abzubauen. "Wir haben das Gleichgewicht in der WTO zu Gunsten der Entwicklungsländer verschoben", kommentiert der WTO-Vorsitzende Pascal Lamy die Einigung auf eine konkrete Jahreszahl für das Ende der Exportzuschüsse.

Davon kann jedoch kaum die Rede sein. Zwar hat man sich darauf geeinigt, dass die 49 nach UNO-Definition am wenigsten entwickelten Staaten ab dem Jahr 2008 - von einigen Ausnahmen abgesehen - alle ihre Waren zollfrei in die Industrieländer einführen dürfen. Doch das nun verabschiedete Aus für die Subventionen klagen die Staaten des Südens bereits seit den Achtziger Jahren ein. Mit der Verpflichtung auf das Jahr 2013 sei "das längst überfällige Ende der Agrar-Exportsubventionen" eher sehr weit in die Zukunft verschoben worden",

kritisiert Oliver Moldenhauer von der globalisierungskritischen Organisation Attac. Daran waren vor allem die Europäer schuld. "Die Verhandlungstaktik der EU kam Erpressungsversuchen gleich", berichtet Christina Deckwirth, die für die entwicklungspolitischen NGO Weed in Hongkong war. Von einem Zugeständnis könne nicht die Rede sein. "Die EU setzt nun lediglich langsam das um, was von ihr schon seit Jahren verlangt wird", reagierte Weed auf den Ausgang der Konferenz.

Die Europäer waren mit einem Vorschlag angetreten, der zwar eine begrenzte Verminderung der Exporthilfen, nicht aber einen definitiven Termin für deren Auslaufen



vorsah. Mit dieser Haltung stieß die EU allerdings nicht nur bei den Staaten des Südens auf taube Ohren. Auch Washington wollte seine Liberalisierungspläne nicht ein weiteres Mal an der Agrarfrage platzen lassen. Schließlich scheitern deren Verhandlungen über eine Gesamtamerikanische Freihandelszone (FTAA) mit den lateinamerikanischen Staaten derzeit regelmäßig an diesem Punkt. Zudem steht die US-Regierung unter Druck, denn Mitte nächsten Jahres endet das Verhandlungsmandat von Präsident George W. Bush. Danach muss jede multilaterale Vereinbarung aufwändig mit dem Parlament abgestimmt werden.

Nord-Süd-Widerspruch: falsche Analyse

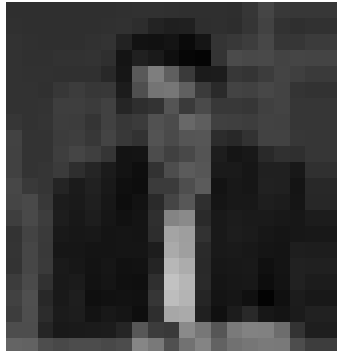
Also gab sich Washington kompromissbereit und konnte sich zugleich mit einer unstrittenen Position durchsetzen: Die kostenlose Verteilung von Agrarüberschüssen an arme Länder wird nicht als Exporthilfe eingeordnet. Der Verhandlungsgegner EU hatte diese Nahrungsmittelhilfen als eine versteckte Subvention der US-Farmer eingeordnet, die den heimischen Markt der Empfängerländer zerstöre. Doch auf die bisher üblichen Ausfuhrkredite müs-

sen die US-Amerikaner und auch andere Agrarexporteure wie Neuseeland und Kanada künftig verzichten.

Bei den Bestrebungen, den internationalen Markt für Nichtagrargüter (NAMA) und den Dienstleistungsbereich (GATS) weiter zu öffnen, kam die WTO nur wenig voran. In den Staaten des Südens dominierte weiterhin die Skepsis. So machte sich beispielsweise Venezuela besonders gegen die beschleunigte Öffnung des Wasser-, Strom- und Telekommunikationssektors sowie anderer Dienstleistungen stark.

Dass sich die EU, die USA und andere Industrienationen dennoch auf eine feste Zusage in Sachen Subventionsabbau einlassen mussten, wird vor allem der gemeinsamen Haltung der Entwicklungs- und Schwellenländer zugeschrieben. Bereits in Cancún waren 19 Staaten unter Führung von Brasilien, Indien, China und Südafrika als gemeinsame Kraft der G-20 gegen Washington und Brüssel aufgetreten. Unter dem neuen Label G-110 haben sich nun in Hongkong 90 meist arme Länder mit der G-20 verbunden.

Die beiden Blöcke vereint ziemlich wenig. Dennoch konnten sich brasilianische, indische oder chinesische Regierungsvertreter erfolgreich als Verteidiger der Armen präsentieren. Dabei halten auch China oder Indien gegenüber anderen Entwicklungsländern eine protektionistischen Außenschutz aufrecht, und Länder wie Brasilien oder Südafrika setzen ebenso da-



rauf, ihre Waren zu möglichst guten Bedingungen auf den Markt ärmerer Staaten zu werfen. Und das mit den bekannten Konsequenzen: So hat beispielsweise ein Freihandelsvertrag zwischen Mozambik und Südafrika dafür gesorgt, dass südafrikanischen Unternehmer mit ihren Billigprodukten mozambikanische Bauern niederkonkurriert und die Landwirtschaft des Staates ruiniert haben. Mit einem ähnlichen Vertrag hat China die Grundlage von etwa 100.000 thailändischen Bauern zerstört, und auch Brasilien exportiert 50 Prozent seiner landwirtschaftli-

Entgleisen oder Weichen stellen?

(wdv) - Seattle, Cancún, Hongkong - wo auch immer sich die Vertreter der Welthandelsorganisation (WTO) zur Konferenz treffen, tauchen auch ihre Gegner auf. Zum Auftakt des Gipfeltreffens demonstrierten am 13. Dezember rund 10.000 Menschen gegen die Liberalisierung des Weltmarktes: Bauern aus Südkorea, Arbeitsmigranten aus Indonesien, Mitglieder des weltweiten Kleinbauernverbandes Via Campesina, Hausarbeiterinnen aus Hongkong. Organisiert vom Bündnis "Hongkong Peoples Alliance" bahnten sie sich mit ihren weißen, grünen und lilafarbenen Fahnen den Weg zwischen den Wolkenkratzern der chinesischen Metropole. Im Rythmus ihrer Trommeln riefen sie: "Nieder mit der WTO." Zeitgleich störten 40 Mitglieder der globalisierungskritischen NGO Our World is not for Sale die Eröffnungszeremonie. "Die WTO tötet Bauern," steht auf kleinen Schildern, die sie ins Hongkong Convention and Exhibition-Centre geschmuggelt haben. "Kein Deal ist besser als ein schlechter Deal", erklärte Walden Bello, der Direktor von Focus on the Global South, im Foyer des Kongresszentrums. Schon vorab stellte er klar, dass "die WTO als eine Maschine für die Globalisierung zerstört" werden muss. Auch Via Campesina lässt keinen Zweifel: "Zehn Jahre WTO sind genug! Lassen wir die WTO entgleisen". Das sehen nicht alle WTO-Kritiker so, die nach Hongkong gereist sind. "Was meinen wir denn mit Entgleisen? Die Entwicklungsländer brauchen ein gutes multilaterales Handelssystem, um sich zu schützen," kontert Martin Khor, der Leiter des Third World Network.

Vor den Toren des Kongresszentrums dominierte jedoch die radikale Ablehnung der Welthandelsorganisation. Die ganze Woche über gingen Aktivistinnen und Aktivisten auf die Straße, um gegen den Gipfel zu demonstrieren. Im zentral gelegenen Victoria-Park forderten unzählige Transparente das Ende der WTO, in bunten Zelten diskutierten Jugendliche über die Auswirkungen des liberalisierten Weltmarktes. Eine Skulptur des dänischen Künstlers Jens Galschiot zeigte eine Waage, auf der sich drei ausgemergelte Menschen und eine Kuh das Gleichgewicht halten - ein kritischer Hinweis auf die hochsubventionierte Landwirtschaft der Industrienationen. Ein Highlight fiel leider aus: Kurzfristig wurde eine Freiluft-Videokonferenz abgesagt, auf der Venezuelas Staatschef Hugo Chávez und sein kubanischer Amtskollege Fidel Castro ihre Meinung zur WTO kundgeben wollten. Am Samstag kam es zu den lange beschworenen Auseinandersetzungen. Bewaffnet mit Fahnenstangen durchbrachen mehrere hundert Aktivisten von Via Campesina sowie koreanische Bauern die Polizeisperren. Sie drangen zum Konferenzgebäude vor. Zwei Stunden lang war das Hongkong Convention and Exhibition-Center blockiert. Die Polizisten reagierten verunsichert, sprühten Tränengas und Pfefferspray. Im Lauf der Auseinandersetzung wurden nach offiziellen Angaben rund 100 Menschen verletzt und 900 festgenommen. Zum Abschluss dann die Entspannung: Am Sonntag demonstrierten wieder 5.000 Globalisierungskritiker auf den Straßen von Hongkong. Sie forderten die Freilassung der Gefangenen vom Vortag.

chen Waren in Entwicklungs-länder.

Viele Staaten der G-20 fordern lediglich Gleichheit unter den großen Agrar-exporteuren, meint deshalb Peter Rosset vom mexikani-schen Zentrum für Agrarstu-dien Ceccam. "Sie wollen ei-nen perfekteren Freihandel." Ceccam gehört zum Umfeld des weltweiten Kleinbauern-verbands "Via Campesina", einem der wichtigsten Akteu-re im Kampf gegen die von der WTO vorangetriebenen Marktliberalisierung. Für die Organisation gibt es "weder mit der EU noch mit den USA oder den G-20-Staaten" etwas zu verhandeln. Den Kleinbau-ern nutze es gar nichts, wenn ihre Länder künftig mehr ex-portieren könnten. Im Gegen-teil. "Dadurch wachsen die großen Agrexport-Anlagen und die industrialisierte Lati-fundienwirtschaft, durch die die Bauern im Norden und im Süden von ihrem Land verdrängt werden", kritisiert Rosset.

Folgerichtig taugt eine Ana-lyse wenig, die den Konflikt in der Welthandelsorganisation auf einen Nord-Süd-Wider-spruch reduziert. Der chinesi-sche Verhandlungsführer Long Yongtu hat bereits zum WTO-Beitritt seines Landes im September 2001 seine Landsleute auf "viele schmerzhaft Umstrukturie-rungen" hingewiesen, da sich das Wohlstandsgefälle zwi-schen reicher Küstenregion und veramten Hinterland nun noch verschärfen werde. Und die bei Via Campesina organi-sierte brasilianische Landlo-senbewegung MST wird nicht müde, mit Besetzungen gegen die ungerechte Verteilung des Bodens in dem südamerikani-schen Staat anzukämpfen. Knapp zehn Prozent der land-wirtschaftlichen Grundbesit-zer verfügen dort noch immer über ca. vier Fünftel des Lan-des. Die restlichen 90 Prozent kleine und mittlere Grundbe-sitzer teilen sich das verblei-bende Fünftel des bewirt-schaftbaren Landes.

Sollte Brasilien dank dem jetzt beschlossenen Exporthil-feabbau tatsächlich mehr landwirtschaftliche Güter auf dem internationalen Markt verkaufen, werden diese vier Millionen Kleinbauern kaum davon profitieren. Dafür aber die europäische Zuckerin-dustrie. Nachdem Brasilien erfolgreich bei der WTO ge-gen das EU-Zuckerabkommen geklagt hat, musste die Union im Mai dieses Jahres ihre Sub-ventionszahlungen für die Rübenindustrie einstellen. Die europäische Zuckerin-dustrie hat das wenig gestört: Sie verlagert nun Teile der Produktion nach Brasilien.

Wolf-Dieter Vogel

TRIBUNE LIBRE

Le triomphe des multinationales

Délégué d'Oxfam-Belgique et de l'Urfig au sommet de l'OMC, Raoul Marc Jennar dénonce l'accord trouvé à Hong Kong. Les Européens ont démontré une fois de plus leur refus de s'ouvrir à des accords internationaux équilibrés entre le Nord et le Sud.

Raoul Marc Jennar, docteur en sciences politiques, est chercheur sur les dossiers OMC pour Oxfam-Solidarité et pour URFIG (Unité de Recherche de Formation et d'Information sur la Globalisation)

OMC: Organisation mondiale du commerce, créée par l'Accord de Marrakech instituant l'OMC, signé à Marrakech, le 15 avril 1994. Son siège est à Genève.

AGCS: Accord général sur le commerce des services, signé à Marrakech, le 15 avril 1994. Administré par le Conseil des services de l'OMC.

A Paris, la droite défend "le rôle positif de la colonisa-tion"; à Hong Kong, rejointe par la social-démocratie eu-ropeenne (Peter Mandelson, Pascal Lamy, résolument sou-tenus par le Parti Socialiste Européen), elle entend res-taurer le colonialisme dans la plus perverse de ses formes: des accords internationaux contraignants. Plus besoin de contrôler des populations et des territoires. Il suffit, par l'accès au marché, d'imposer ses produits agricoles, ses produits manufacturés, ses services, par les droits de propriété intellectuelle et les brevets, de s'approprier les variétés végétales (surtout quand elles ont des poten-tiels curatifs ou nutritifs), par l'AGCS d'imposer toutes les dérégulations et privatisa-tions nécessaires pour que les firmes européennes puis-sent opérer en toute liberté dans l'un des 150 Etats mem-bres de l'OMC. L'indépendan-ce politique concédée au XI-Xe siècle en Amérique latine, au XXe siècle ailleurs, est ain-si réduite à néant. Finie la souveraineté des Etats en principe garante de la sou-veraineté des peuples! C'est à cela que libéraux de droite et de gauche se sont em-ployés pendant six jours à Hong Kong.

Un accord est intervenu en cette fin de dimanche sur la cinquième version du projet de déclaration ministérielle rédigé par Pascal Lamy et ses collaborateurs. On sait que le texte qui a servi de document de travail à Hong Kong avait reçu l'assentiment des pays membres de l'OMC lors de leur dernière réunion en Con-seil général à Genève, juste avant la conférence, parce qu'il était précédé d'une in-troduction précisant que "les textes figurant dans toutes ces annexes sont présentés sous la responsabilité des Présidents respectifs. Ils ne sont pas censés être des tex-tes convenus, et sont sans préjudice de la position de quelque Membre que ce soit." Or, Pascal Lamy n'a pas main-tenu cette note introductive après avoir obtenu l'accord du Conseil général. Ce qui lui a permis d'indiquer, dans le dernier de ses projets de déclaration, que le Conseil général avait approuvé l'annexe C alors que c'est totale-ment faux. Tels sont les procédés par lesquels on amène des Etats souverains à adopter des traités interna-tionaux contre leur gré.

Procédés avalisés par nos gouvernements dont les 25 ministres, réunis à Hong Kong en fin d'après-midi, ont ap-prouvé sans réserve le docu-ment de Pascal Lamy.

De version en version, ce projet de déclaration ministérielle est devenu de plus en plus favorable aux attentes des pays riches et donc de moins en moins favorable aux autres, comme si ceux-ci ne comptaient pas et qu'il fallait surtout satisfaire les puissants. Tout en parlant en surabondance de développe-ment. C'est manifeste si on compare le texte du 13 décembre avec celui du 17 et celui du 18 qui a été adopté. Ainsi, par exemple, sur la question des services, la réserve sur l'annexe C a dis-paru dans l'ultime version qui, de plus, a été aggravée par un calendrier de mise en oeuvre très précis.

Les pressions du Nord

La question qui est venue à l'esprit de tous les observa-teurs présents à Hong Kong, c'est: comment un tel accord a-t-il été possible? Surtout que pendant les 5 jours qui ont précédé ce fatal diman-che, on a assisté à un débordement de propos musclés de la part des pays du Sud, Brésil en tête. Le gouverne-ment de Lula, par la voix de son ministre, se présentait comme intraitable sur la nécessité que soient totale-ment supprimées les subven-tions à l'exportation des pro-duits agricoles pour 2010. La totalité des pays africains auxquels s'ajoutaient Cuba, le Venezuela et quelques autres affirmaient rejeter les dispo-sitions relatives à l'AGCS et en particulier l'annexe C. Les pays africains producteurs de coton, s'appuyant sur le verdict du tribunal de l'OMC qui leur était favorable, exi-geaient que non seulement les subventions à l'exporta-tion sur le coton disparaiss-ent, mais également les sub-ventions à la production. Dans chaque cas, le texte de Pascal Lamy ne leur donnait pas satisfaction. Et pourtant, ils l'ont adopté (avec des réserves expresses de Cuba et du Venezuela sur l'AGCS).

Pourquoi? A cette ques-tion, on ne peut répondre que par des hypothèses. Les pres-sions de Bruxelles et de Wa-shington sur les capitales de ces pays? Plusieurs délégations en ont fait état. Les pressions sur place de la part des ministres européens, de la Commission européenne, du ministre américain et de Pascal Lamy lui-même? C'est plus que vraisemblable si on se réfère à ce qu'on a appris après les précédentes confé-rences ministérielles. Le re-fus d'assumer la responsabi-lité de l'échec de la conféren-ce? Cela ne fait aucun doute. Aucun pays, ni même aucun groupe de pays en dévelop-

pement n'est prêt à supporter l'opprobe que le monde politi-co-médiatique occidental déverserait sur lui pour avoir fait échouer une conférence de l'OMC et en l'occurrence le cycle de négociation de Doha. L'erreur d'avoir placé sa con-fiance dans une large alliance dont les principaux protagon-istes (Brésil et Inde) défendaient des intérêts sensible-ment différents des autres Etats de cette alliance? Incon-testablement. L'idée d'une coalition réunissant en fin de compte les différents groupes de pays en développement est apparue séduisante. Elle a créé l'illusion d'un nouveau rapport de forces au sein de l'OMC. Mais les groupes qui avaient des intérêts vitaux à défendre (coton, services) n'ont plus été en mesure de constituer un pôle de résis-tance distinct dès lors qu'il est apparu que les pays lea-ders de la large alliance ne re-produiraient pas en actes les promesses de leur muscula-tion verbale.

Ils ont été appâtés par une disposition qui permet de prendre en compte la sécu-rité alimentaire, les moyens d'existence et le développe-ment rural. Mais les moda-lités de cette prise en compte restent à négocier.

Un accord désastreux

Pour le reste, le résultat, c'est un accord désastreux. Un accord qui va accroître la domination des firmes occi-dentales sur le reste du monde. Un accord qui va créer de l'inactivité et de la misère. Un accord qui va générer du désespoir et des tensions. Car rien n'est plus faux que le dis-cours dominant faisant croire à la prospérité par le libre échange dès lors que celui-ci se pratique entre pays in-égaux en termes de ressour-ces humaines, d'équipement et de développement écono-mique. Aucun des gains an-noncés il y a dix ans lors du lancement de l'OMC ne s'est concrétisé.

Sur le dossier agricole, l'ac-cord offre à l'UE et aux USA la garantie de pouvoir pratiquer pendant au moins 8 ans enco-re un dumping qui se traduit par la disparition de centai-nes de milliers de fermes dans les pays du Sud et la des-truction de millions de vies. Car ce que les deux géants commerciaux ont promis ne correspond à rien d'autre qu'aux politiques qu'ils met-tent actuellement en œuvre. Comme si des gens dont l'espérance de vie ne dépasse pas 50 ans pouvaient attendre 8 ans! Et aucun engagement sérieux n'a été pris en ce qui concerne les aides internes qui faussent la concurrence

commerciale alors que les dispensateurs de ces aides veulent une concurrence du type "libre et non faussée"!

Sur le coton, les pays afri-cains obtiennent que les sub-ventions à l'exportation dis-paraissent en 2006, mais ils n'obtiennent pas qu'il en aille de même pour les aides à la production. Or, s'agissant de la production américaine qui est leur principale concurren-te, ces aides internes re-présentent 90 % du total des aides aux producteurs de co-ton. Sur l'ouverture des marchés aux produits ma-nufacturés, le droit des éco-nomies naissantes voire émergentes à se protéger a été très affaibli. Le choix d'u-ne formule linéaire d'abaisse-ment des droits de douane sur les produits manufacturés va conduire à la désindustria-lisation de ces pays et à la di-minution de leurs ressources douanières. Sur les services, les propositions retenues vont permettre des négocia-tions sur une mise en œuvre forcée et étendue de l'AGCS puisque ce sont les proposi-tions européennes qui ont été retenues dans leur principe. On a fait beaucoup de bruit du côté des Européens sur un "paquet pour le développe-ment". J'ai montré que ce pa-quet est vide .

Quant aux procédures uti-lisées pour arriver à ce résul-tat, force est de constater que la seule règle qui prévaut au sein de l'OMC est celle du rap-port de force. Comment quali-fier le fait de proposer un tex-te tout a fait unilatéral et en-suite d'exiger le consensus pour sa modification? Com-ment qualifier le fait d'écrire qu'un document a été ap-prouvé par l'ensemble des ambassadeurs alors qu'il ne l'a jamais été (il s'agit dans les deux cas de l'annexe C sur les services)? Le spectacle des brutalités procédurales fait d'avantage penser à des gangsters en col blanc qu'à des citoyens soucieux des règles de droit. Il y a là une violence faite aux peuples que les caméras ne montrent pas.

Une fois encore, depuis qu'a été lancé le programme de négociation de Doha, les Européens ont fait la démon-stration de leur refus total de procéder aux concessions nécessaires pour aboutir à des accords commerciaux in-ternationaux équilibrés et équitables pour tous. En dépit d'une abondante rhétorique qui ne trompe plus personne, les élites nationales et eu-ropeennes manifestent une fois de plus leur incapacité à promouvoir des accords qui effectivement régulent le commerce, le modulent en fonction des niveaux de déve-loppement et le mettent au service d'objectifs fondamen-taux comme l'accès de tous à l'eau, à la santé, à l'éducation, à la culture. Plus que jamais l'OMC incarne l'échec du néolibéralisme comme idéo-logie au bénéfice de tous.

Raoul Marc Jennar

